Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5440**
16. Wahlperiode 23. 05. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Uschi Eid, Margareta Wolf (Frankfurt) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/2651 –

Reformpartnerschaften mit Afrika intensivieren
– Afrika muss auf die Tagesordnung des G8-Gipfels in Deutschland 2007

A. Problem

Die Bundesrepublik Deutschland hat im Jahr 2007 die G8-Präsidentschaft inne und somit die inhaltliche Verantwortung über die Beratungen der G8 und damit auch die Entscheidung über die Einbeziehung afrikapolitischer Themen. Somit wird die Forderung erhoben, dass beim G8-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft Afrika auf die Tagesordnung gesetzt wird, um die Reformpartnerschaft zwischen den G8-Staaten und den afrikanischen Reformstaaten zu stärken und ihr neue Impulse zu verleihen. Referenzrahmen für die G8-Reformpartnerschaft mit afrikanischen Staaten ist NePAD (New Partnership for Africa's Development). Unter der politischen Verantwortung vor allem der Staats- und Regierungschefs Südafrikas und Nigerias entwickelten verschiedene afrikanische Reformkräfte eine umfassende und weitreichende Reformstrategie für den afrikanischen Kontinent. Der Kern der G8-NePAD-Partnerschaft besteht im Konzept der „bevorzugten Partnerschaft“ (Enhanced Partnership). Diese sieht vor, mit den afrikanischen Staaten besondere Beziehungen zu pflegen, die die von NePAD vorgesehenen Reformen auch umsetzen. Das innovative Kernelement dieser Reformen ist der „Peer Review“, ein formalisierter Prozess, zu dem sich afrikanische Regierungen zur Bewertung ihrer Regierungspolitik freiwillig verpflichten und innenpolitische Defizite und Schwächen, aber auch Stärken zu identifizieren mit dem Ziel, Erkenntnisse über Reformnotwendigkeiten zu erlangen. Um dem Ansatz der Enhanced Partnership Rechnung zu tragen, entwickelte die Bundesregierung nach Verabschiedung des G8-Afrika-Aktionsplanes 2002 als Leitgedanken ihrer Afrikapolitik den Ansatz der „Reformpartnerschaften“. Jenen afrikanischen Staaten, die ernsthafte Reformschritte einleiten und hierfür „Peer Reviews“ in ihren Ländern durchführen, sollte hierbei Unterstützung angeboten werden – wobei der Schwerpunkt der Unterstützungsangebote auf Reformen in den Bereichen Frieden und Sicherheit, verantwortungsvolles Regierungshandeln und grenzüberschreitendes Ressourcenmanagement gelegt wurde.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/2651 abzulehnen.

Berlin, den 23. Mai 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz Vorsitzender	**Anke Eymer (Lübeck)** Berichterstatterin	**Brunhilde Irber** Berichterstatterin	**Marina Schuster** Berichterstatterin
	Dr. Norman Paech Berichterstatter	**Dr. Uschi Eid** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Anke Eymer (Lübeck), Brunhilde Irber, Marina Schuster, Dr. Norman Paech und Dr. Uschi Eid

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/2651** in seiner 91. Sitzung am 29. März 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 23. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 9. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 23. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 23. Mai 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 23. Mai 2007

Anke Eymer (Lübeck)
Berichterstatterin

Brunhilde Irber
Berichterstatterin

Marina Schuster
Berichterstatterin

Dr. Norman Paech
Berichterstatter

Dr. Uschi Eid
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333